

Actualités 2/2018

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.



■ Termine 2018

Jahrestagung

5. und 6. Oktober 2018 in
Heidelberg

Vorseminar

2. bis 7. Oktober 2018
in Heidelberg

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde der DFJ,

die Zusammenarbeit mit unserer Schwesternvereinigung AJFA hat in Saarbrücken eine neue Dynamik bekommen. Wir werden künftig noch mehr auch die französischen Kolleginnen und Kollegen in unsere Publikationstätigkeit einbeziehen. Hier gilt dann, dass sich jeder in der Sprache einbringt, die ihm am nächsten steht. Ein Bild und die Vita sollten auch nicht fehlen.

Für die Zukunft denken wir, dass wir die "Actualités" noch mehr von einer Vereinszeitschrift zu einem Organ gestalten, das über neueste Tendenzen und Entwicklungen in den beiden Rechtsordnungen informiert. Da wir schon elektronisch unterwegs sind, können wir hier entsprechend schnell agieren. Wie immer sind wir nur so gut, wie wir von unseren Mitgliedern diesseits und jenseits des Rheins mit entsprechenden Informationen versorgt werden.

Wir melden uns dann wieder nach der Jahrestagung. Wir wünschen einen schönen, aber doch nicht zu heißen Sommer!

Die Redaktion

Chers membres,
chers amis de la DFJ,

La coopération avec notre association jumelée, l'AJFA, a pris un nouvel élan à Sarrebruck. À l'avenir, nous impliquerons beaucoup plus nos amis juristes français dans nos activités rédactionnelles. La règle d'or étant que chaque auteur s'exprime dans la langue qui lui est la plus familière. Photo et bref cv sont également de mise.

À titre prospectif, nous souhaitons faire évoluer le bulletin de notre association en un réel organe de presse reflétant les tendances et récents développements dans les deux systèmes juridiques. Grâce à notre format électronique, une bonne réactivité devrait être assurée. Et, comme toujours, la qualité de notre publication se mesure à celle des contributions que nos membres, de part et d'autre du Rhin, ont l'amabilité de mettre à notre disposition.

Nous vous contacterons à nouveau après la réunion annuelle. Nous vous souhaitons un bel été!

La Rédaction

■ Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Impressum | 1 |
| Aus der Tätigkeit der Vereinigung | 3 |
| Gemeinsame Tagung der Vorstände der DFJ und der AJFA in Saarbrücken | 3 |
| Grußwort von Frau Christine Klos..... | 3 |
| Spargelesen bei CMS in Köln | 8 |
| Bericht von Frau Greta Göbel..... | 8 |
| Frau Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb im Interview | 11 |
| Hinweis auf das Vorseminar und die Tagung in Heidelberg im Oktober 2018..... | 13 |
| Veröffentlichungen und besondere Tätigkeiten unserer Mitglieder | 13 |
| <i>Assemblée Nationale</i> und Deutscher Bundestag befürworten einen neuen Élysée-Vertrag von Rechtsanwalt Karl H. Beltz | 13 |
| Le parquet général de la Cour de cassation et la <i>Bundesanwaltschaft beim BGH</i> von Herrn Jean-François Bohnert, Procureur Général | 18 |
| La réserve héréditaire fait-elle partie de l'ordre public international français ? von Mireille Virapoullé Schröder, Avocat..... | 23 |
| Accès au droit : les apports de la loi J21 von Mélanie Belot, Magistrat | 27 |
| Transfert des données de la société Whatsapp à la société Facebook von Marie-Avril Roux Steinkühler, Avocat..... | 29 |
| Lesenswerte Publikationen aus Deutschland und Frankreich | 34 |
| BIJUS, la base de données juridiques franco-allemande | 34 |
| Höchstrichterliche Rechtsprechung zum deutschen und zum französischen Verwaltungsrecht im Vergleich | 35 |
| Le droit allemand..... | 36 |
| Introduction à l'histoire du droit public en Allemagne XVIe - XXIe siècle..... | 37 |
| Nachrichten aus dem Hochschulbereich und aus der Anwaltschaft | 38 |
| Fortbildungslehrgang für Anwälte durch den <i>Barreau de Paris</i> und die Rechtsanwaltskammer des Saarlandes | 39 |
| Gemeinsames Seminar zur Einführung in das deutsche Recht der EFB, des <i>Barreau de Paris</i> und des Landes Nordrhein-Westfalen | 39 |

| | |
|--------------------------------|-----------|
| Stellenanzeigen | 41 |
| Kanzlei Epp & Kühl, Köln | 41 |
| LPA-CGR avocats, Paris | 42 |

■ Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

1. Vorsitzender:

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

2. Vorsitzender:

Dr. Heiner Baab

Generalsekretär:

Dr. Arno Maier-Bridou

Schatzmeister:

Rudolf Herrmann

Redaktion:

Werner Gaus

werner.gaus@brp.de

Telefon: +49 69 13373440

Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M

fkp@kutscher-puis.com

Telefon: +49 211 98948960

Jutta Leither

jleith@uni-mainz.de

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 03

D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

Telefax: +49 6131 39-24700

E-Mail : jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet

www.dfj.org

■ Aus der Tätigkeit der Vereinigung

Gemeinsame Tagung der Vorstände der DFJ und der AJFA in Saarbrücken

Die beiden Vorstände der AJFA und DFJ haben sich am 3. Februar 2018 zu einer gemeinsamen Vorstandssitzung im Ministerium für Finanzen und Europa in Saarbrücken getroffen. Beide Vorstände haben Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit u.a. bei *Actualités*, Organisation, Webseiten und Veranstaltungen diskutiert und beschlossen. Ein besonderer Dank geht an Frau Christine Klos und an das Saarland für die erstklassige und großzügige Gastfreundschaft.



Grußwort anlässlich der Vorstandssitzung der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung am 3. Februar 2018 im Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes
von Christine Klos, Leitende Ministerialrätin

Sehr geehrte Vorstandsmitglieder der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung, meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen von Herrn Minister Toscani heiße ich Sie im großen Sitzungssaal des Ministeriums für Finanzen und Europa sehr herzlich willkommen. Ich darf Ihnen seine besten Grüße übermitteln und ein herzliches Willkommen sagen. Wir freuen uns, dass Sie gerade Saarbrücken als Ort Ihrer binationalen Vorstandssitzung gewählt haben.

Sie haben sich zum Ziel gesetzt, die beruflichen und persönlichen Beziehungen zwischen deutschen und französischen Juristinnen und Juristen zu fördern. Damit verfolgen Sie ein Ziel, das Herr Toscani als Europa- als auch als Justizminister sehr am Herzen liegt.

Die saarländische Justiz hat sich die Zusammenarbeit mit den französischen Körperschaften, Behörden und Gerichten zur Aufgabe gemacht.

Eines der Hauptziele der Europäischen Union ist die Errichtung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen. Zur Verwirklichung dieses Ziels ist eine Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in vielen Bereichen erforderlich. Dazu gehört auch und gerade das Gebiet der Justiz.

Deutschland und Frankreich haben eine besondere Verantwortung, diesem Ziel gerecht zu werden. Dabei kommt gerade dem Saarland aufgrund seiner Geschichte und geographischen Lage eine zentrale Bedeutung zu. Deshalb hat sich die saarländische Justiz eine Zusammenarbeit mit den französischen Körperschaften, Behörden und Gerichten in vielen Bereichen zur Aufgabe gemacht. Ich will hiervon nur vier Bausteine herausgreifen:

Weiterbildungsprogramm für deutsche und französische Rechtsanwälte

So feiert etwa unser Weiterbildungsprogramm für deutsche und französische Rechtsanwälte, die sich in das deutsche oder französische Recht in ihrem jeweiligen Rechtsgebiet tiefer einarbeiten möchten, in diesem Jahr seinen ersten Geburtstag. Die Idee und Entwicklung dieses bilingualen Programms durch das *Centre Juridique Franco-Allemand* (CJFA) mündete Ende des Jahres 2016 in den Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen dem CJFA, dem *Ordre des Avocats au Barreau de Paris*, der *École de Formation professionnelle des Barreaux de la Cour d'Appel de Paris* (EFB), der Rechtsanwaltskammer des Saarlandes, dem Saarländischen Anwaltsverein, der Universität des Saarlandes und deren Rechtswissenschaftlicher Fakultät.

Die ersten Module des Programms starteten im Januar 2017 und erhielten regen Zuspruch sowohl von französischer als auch von deutscher Seite. Sie wurden daher sogleich im Herbst 2017 fortgesetzt. Ziel des Weiterbildungsprogramms ist es insbesondere, den Anwälten zu ermöglichen, ihren Mandanten über das anwendbare Recht des Nachbarlandes Auskunft zu geben. Den Teilnehmenden werden dabei durch rechtsvergleichende Darstellung inhaltliche und kulturelle Unterschiede zwischen den beiden Rechtssystemen unter Berücksichtigung aktueller Reformen aufgezeigt, wobei sich die angebotenen Module inhaltlich vor allem auf die Bereiche des Privat- und Strafrechts konzentrieren. So werden beispielsweise Veranstaltungen zur Berufsausübung, zum französischen Rechtssystem und zum Vertragsrecht angeboten.

Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Referendarausbildung sowie in der Ausbildung der *élèves avocats*

Hinzu kommt ab diesem Jahr die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Referendarausbildung zwischen dem *Ordre des Avocats au Barreau de Paris* und dem Ministerium der Justiz: Mit dem Ziel, den deutsch-französischen Austausch zwischen den Berufsständen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere von Berufsanfängern zu verbessern, haben der *Ordre des Avocats au Barreau de Paris* und das Ministerium der Justiz des

Saarlandes ein gemeinsames Austauschprogramm für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Vorbereitungsdienst des Saarlandes und für an der *École de Formation professionnelle des Barreaux de la Cour d'Appel de Paris* eingeschriebene *élèves avocats* entworfen. (Siehe auch die „Nachrichten aus dem Hochschulbereich und der Anwaltschaft“: die Redaktion).

Das Programm dient der Förderung des professionellen Austauschs unter den Berufsanfängern, der Verbesserung der Sprachfertigkeiten und Vertiefung der Kenntnisse über die (Rechts-)Kultur des Partnerlandes. Das Austauschprogramm soll den Teilnehmenden die Grundlagen des Rechtssystems des Partnerlandes vermitteln und auf die Übernahme grenzüberschreitender Mandate vorbereiten. Dabei soll den Teilnehmern insbesondere die Möglichkeit eröffnet werden, berufliche Kontakte im Partnerland zu knüpfen und so in einen, über die Zeit des Programms hinausgehenden Austausch unter Kollegen einzutreten. Um dies zu erreichen, ist das Programm zu aller erst darauf ausgerichtet, die Teilnehmenden beider Partnerländer weitgehend in die regulären Ausbildungsstrukturen im Partnerland zu integrieren und so einen wechselseitigen Austausch zu ermöglichen.

Für die *élèves avocats* ist eine insgesamt sechsmonatige Entsendung in das Saarland vorgesehen, die wahlweise im Frühjahr oder im Herbst erfolgen kann. Zunächst sollen die französischen Teilnehmenden einen einmonatigen Einführungslehrgang am CJFA der Universität des Saarlandes besuchen. Hierbei sollen sie an das deutsche juristische Denken und Arbeiten herangeführt und mit der deutschen Rechtssprache vertraut gemacht werden sowie insbesondere die grundlegenden Bereiche des deutschen Zivilrechts einschließlich des Verfahrensrechts kennenlernen. Im Anschluss an den Einführungslehrgang ist beabsichtigt, dass die *élèves avocats* gemeinsam mit den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren im Saarland an geeigneten (Lehr-)Veranstaltungen des Saarländischen Oberlandesgerichts und des Instituts für Anwaltsrecht Saarbrücken e.V. im Rahmen der laufenden Stationen teilnehmen. Gleichzeitig soll eine praktische Ausbildung der *élèves avocats* durch deutsche Rechtsanwaltskanzleien stattfinden, um die Teilnehmenden auch mit der konkreten Arbeitspraxis deutscher Rechtsanwälte und den Arbeitsabläufen in einer Kanzlei vertraut zu machen.

Die deutschen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare werden im Rahmen der Wahlstation und/oder Rechtsanwalt II-Station an dem Austauschprogramm teilnehmen. Ihnen wird die Möglichkeit eröffnet, die regulär angebotenen Kurse und Kolloquien der EFB gemeinsam mit den dortigen Kollegen und den französischen Teilnehmenden des Programms zu besuchen. Neben der Vermittlung der Lerninhalte soll

ein Einblick in die Denk- und Arbeitsweise der französischen (Ausbildungs-)Praxis gegeben werden. Daneben bietet die EFB den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren spezielle Zusatzveranstaltungen in verschiedenen Bereichen an. Begleitend sollen die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Rahmen einer praktischen Ausbildung die Tätigkeit französischer Rechtsanwälte kennenlernen. Der *Ordre des Avocats au Barreau de Paris* vermittelt den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren hierzu geeignete Praktikumsstellen im Großraum Paris. Im Rahmen der Praktika wird die Möglichkeit eröffnet, Einblicke in die anwaltliche Geschäftsführung französischer Rechtsanwälte und Rechtsanwaltskanzleien zu erlangen sowie aktiv an der Mandatsführung in unterschiedlichen Rechtsgebieten mitzuarbeiten.

Aber auch im Bereich des Strafrechts ist begleitend zum Ziel der offenen Grenzen – und um deren Akzeptanz in der die Gewährleistung ihrer Sicherheit erwartenden Bevölkerung zu erhalten – eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden unerlässlich.

**Grenzüberschreitende
Zusammenarbeit der
Strafverfolgungs-
behörden und Gerichte**

Zur Intensivierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit besteht daher eine Kooperation zwischen den Staatsanwaltschaften Lothringens und des Saarlandes. In diesem Zusammenhang finden regelmäßige Treffen unter Beteiligung der Generalstaatsanwaltschaft Metz und Saarbrücken sowie der Staatsanwaltschaften Metz, Thionville, Saargemünd und Saarbrücken statt. Dies dient insbesondere einer Verbesserung und Beschleunigung der gegenseitigen Rechtshilfe.

Hinzu kommt die sehr erfolgreiche Kooperation des Landgerichts Saarbrücken mit dem *Tribunal de grande instance Sarreguemines*, die seit Mitte des Jahres 2016 besteht.

An beiden Gerichten ist jeweils ein Kontaktrichter benannt, der die Sprache des anderen Landes beherrscht und für das andere Gericht als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Soweit der Kontaktrichter ein an ihn herangetragenes Anliegen nicht selbst erledigen kann, stellt er die Verbindung zu den zuständigen Stellen seines Landes her. Diese Zusammenarbeit funktioniert in der Praxis sehr gut, weil viele Probleme auf diesem Wege unbürokratisch und schnell aus der Welt geschaffen werden können.

An die Kontaktrichter können Anfragen jedweder Art gerichtet werden, die in Zusammenhang mit dem anderen Land und seinem Rechtssystem stehen. Dementsprechend vielfältig sind die Fallgestaltungen, mit denen sie befasst werden: Fragen zum materiellen Recht des Partnerlandes, Hilfestellung bei Rechtshilfesuchenden, Unterstützung bei Zustellungen oder Auskünfte allgemeiner Art. Im Rahmen der Kooperation findet auch

Frankreichstrategie des Saarlandes

ein Austausch unter den Richtern in einzelnen Rechtsgebieten statt, in denen häufige grenzüberschreitende Sachverhalte eine Rolle spielen. Darüber hinaus soll den Richtern beider Gerichte zukünftig die Möglichkeit eröffnet werden, im Rahmen von Hospitationen das Gerichtssystem und auch die Gerichtsverwaltung des anderen Landes besser kennenzulernen.

Daneben besteht auch eine – schon sehr langjährige – Gerichtspartnerschaft zwischen dem Saarländischen Oberlandesgericht und der Generalstaatsanwaltschaft Saarbrücken einerseits sowie der *Cour d'appel de Nancy* und dem dortigen *Parquet général* andererseits.

Sie sehen also: Die saarländische Justiz ist in allen Bereichen der Rechtspflege – im Referendariat, in der Richterschaft, Staatsanwaltschaft und Anwaltschaft – auf den deutsch-französischen Austausch ausgerichtet. Das geschieht ganz in der Frankreichstrategie des Saarlandes. Denn das Saarland hat sich zum Ziel gesetzt, binnen einer Generation mehrsprachig zu werden und damit zum ersten mehrsprachigen Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Die Justiz spielt dabei eine wichtige Rolle als Brücke zwischen Deutschland und Frankreich.



Christine Klos ist Leitende Ministerialrätin im Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes. Sie ist Leiterin der Abteilung „Europa, Interregionale Zusammenarbeit“ mit Vertretung des Saarlandes in Brüssel und Büro des Saarlandes in Paris.

Besondere Aufgaben oder Interessen: Deutsch-Französische Beziehungen, interregionale Zusammenarbeit, Europaangelegenheiten

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am 5. November 2018.

Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Verfasser verantwortlich.

La Rédaction.

Spargelesen bei CMS in Köln

Bericht über die Veranstaltung der DFJ in den Kanzleiräumen von CMS in Köln am 28. April 2018 mit anschließendem Spargelesen

von stud. iur. Greta Göbel



Zum diesjährigen Spargelesen trafen sich knapp 100 Mitglieder der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung auf Anregung von Frau Dr. Anne Bach, GÖRG Rechtsanwälte, und Herrn Dr. Hendrik Schindler, CMS, in Köln. Die Räumlichkeiten wurden – auch für eine bereits im Vorfeld stattfindende Vorstandssitzung - von der Kanzlei CMS zur Verfügung gestellt, die direkt am Rhein gelegen ist und einen außergewöhnlichen Ausblick über die Dächer Kölns bietet.



Eva-Maria Michel
Justitiarin und
stellvertretende Intendantin
des WDR

Die erste Referentin war Frau Eva-Maria Michel, Justitiarin und stellvertretende Intendantin des WDR. In ihrem Vortrag gab sie uns einen Einblick in die Rundfunkordnung und aktuelle Fragen des europäischen Medienrechts.

Zunächst erklärte sie Regelungen und Struktur des deutschen und des europäischen Medienrechts und zeigte, dass das Medienrecht eine Querschnittsmaterie ist.

Die Rundfunkfreiheit ist in Art. 5 Abs. 1 S. 2 des Grundgesetzes geschützt, die Garantien auf europäischer Ebene finden sich in Art. 10 EMRK und Art. 11 EU-GRC. Im französischen Recht ist die Rundfunkfreiheit hingegen keine eigene Garantie, sondern wird mittelbar über die Meinungsfreiheit geschützt. Grundsätzlich findet sich das Subsidiaritätsprinzip zugunsten der Mitgliedsstaaten in Art. 167 AEUV, die EU hat jedoch im Bereich der Rundfunkfreiheit und des Medienrechts viele Regelungsmöglichkeiten, so zum Beispiel mit der Kompetenz im Wettbewerbs- und Beihilferecht und der Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 AEUV). Auch fällt die Rundfunkfreiheit unter Daseinsvorsorge (Art. 106 AEUV) und das Handelsrecht beeinflusst ebenfalls weitgehend das Medienrecht.

Weiterhin gab Frau Michel einen Überblick über wichtige Entwicklungen im Bereich des europäischen Beihilferechts, darunter eine Entscheidung der Kommission über die Zusammenarbeit von Phoenix und KiKa und die Bedeutung der VPRT-Beschwerde aus dem Jahr 2007, die nachträglich und eindrucksvoll die Rundfunkstaatsverträge prägte. Eine weitere Neuerung im Medienrecht ist die AVMD-Richtlinie, die voraussichtlich Ende September 2018 verabschiedet werden soll und ebenfalls einen großen Einfluss auf das europäische und deutsche Recht haben wird und in

deren Vorbereitung vor allem das Herkunftslandprinzip und der materielle Anwendungsbereich diskutiert wurden.

Ein Bereich, in dem umgekehrt das deutsche Recht Einfluss auf die Entwicklung im europäischen Bereich nimmt, ist das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, welches im Bereich der Desinformation (um den Begriff der „Fake News“ zu vermeiden) ein aktuell viel diskutiertes Thema ist.

Frau Michel sprach zuletzt die generelle, überall in Europa anzutreffende Entwicklung der Kürzung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an. Rundfunkreformen in Frankreich, Schweiz, Dänemark und anderen europäischen Ländern führen zu Einsparungen (in Dänemark beispielsweise von 1/5) und es ist eine generelle Tendenz zu stärkerer staatlicher Kontrolle zu spüren, die eine Gefahr für Unabhängigkeit und Medienvielfalt darstellt.



Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, Universität Köln

Anschließend sprach Frau Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb über die Internationalisierung des Jurastudiums und stellte in diesem Rahmen den von ihr geleiteten deutsch-französischen Studiengang in Köln und Paris vor, welcher ihr zufolge als „Experimentierfeld“ für ein internationaleres Studium dienen könnte.

Als Ausgangspunkt nahm sie die Entwicklung der französisch-deutschen Beziehungen seit Anfang des 20. Jahrhunderts, auch im familiären Bereich. Sie machte darauf aufmerksam, dass heutzutage die positiven deutsch-französischen Verhältnisse für selbstverständlich genommen werden, was noch vor weniger als einem Jahrhundert keinesfalls denkbar gewesen wäre.

Daraufhin stellte sie die Frage, welche Fähigkeiten der/die JuristIn der Zukunft haben muss und ob das spezifische Wissen, welches heute in den Universitäten gelehrt wird, in zehn Jahren noch aktuell ist. Diese Fragen sind heute weitaus wichtiger als noch vor 15 Jahren und ihrer Meinung nach sind Transferwissen, der Umgang mit Veränderung und methodische Zugriffe von weit größerer Bedeutung für eine erfolgreiche juristische Ausbildung. Gerade diese Kompetenzen werden am besten in internationalen Studiengängen vermittelt, da die Studierenden dort von Anfang an mit unterschiedlichen Lernmethoden und Rechtssystemen konfrontiert werden.

Der deutsch-französische Studiengang der Universitäten Köln und Paris ermöglicht es 60 Studierenden (jeweils 30 deutschen und französischen Studierenden) zunächst zwei Jahre an der Universität Köln und daraufhin zwei Jahre in Paris zu studieren und damit einen Bachelor-Abschluss und eine *Licence* zu erhalten. Die erforderliche Bachelorarbeit wird dabei in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kanzleien geschrieben, bei denen die Studierenden Praktika machen.

Daraufhin besteht die Wahlmöglichkeit, in Deutschland das Staatsexamen oder in Frankreich einen Master zu machen.

Abschließend zeigte Frau Prof. Dr. Dauner-Lieb, dass internationale Studiengänge ein Modell mit Zukunft sind, in denen vor allem die deutsch-französischen Beziehungen einen „Kern mit Eigengewicht“ darstellen. Auch machte sie auf das ständige Problem der Finanzierung einer solchen internationalen Ausbildung aufmerksam, die allerdings aufgrund der Ergebnisse und Bedeutung der Beziehung der beiden Länder eine wichtige Investition sind.



Rechtsanwalt Dr. Hendrik Schindler, CMS Köln

Letzter Referent des Tages war Herr RA Dr. Hendrik Schindler, Partner bei CMS, der uns etwas über die Architektur des außergewöhnlichen Gebäudes erzählte, in dem sich die Kanzlei befindet. Dieses ist nach einer Brückenbauweise gebaut und wurde für sein Konzept auf der MIPIM Messe in Cannes mit dem ersten Preis ausgezeichnet.

CMS ist seit dem Zusammenschluss mit der Kanzlei Norton Rose Vieregge im Jahre 2005 auch am Standort Köln vertreten (und bezog 2011 das Gebäude Kranhaus 1 im Kölner Rheinauhafen), die Kanzlei wurde jedoch bereits 1925 von Herrn Dr. Heydt in Köln als OLG-Kanzlei gegründet. Mit der Globalisierung wurde die Kanzlei internationaler und hat nun in Paris einen der größten Partner.

Herr Dr. Schindler sprach von Köln als „Schmelztiegel“, jedoch nicht allein zur heutigen Zeit, sondern insbesondere während der Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert. Der französische Code civil und auch der Code de procédure civile waren prägend für das Recht in Köln. Als Anschauungsexemplar für den Einfluss des französischen Rechts brachte er eigens ein Exemplar des kommentierten, zweisprachigen „Rheinischen Zivilrechts“ von 1888 mit.

Ebenfalls erzählte er von seinem Fund eines Bandes über den 21. Deutschen Juristentag, der 1891 in Köln stattfand und bei dem sich der Ausschuss für Geselligkeit der größten Besetzung erfreute. In diesem Sinne siedelten die Mitglieder anschließend in das fußläufig und ebenfalls am Rhein gelegene Joseph’s-Restaurant über, in welchem das diesjährige Spargelessen stattfand und wo die Mitglieder den Abend auf der Terrasse am Rhein ausklingen ließen.



Greta Göbel ist Studierende an der Universität Heidelberg und studentische Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. Weller am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht.

Impressionen vom Spargelessen: Je später der Abend ...



Frau Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb im Interview

Wie kamen Sie dazu, sich als Juristin mit dem Recht Frankreichs bzw. anderer französischsprachigen Länder zu befassen?

Die Actualités führen ab dieser Ausgabe ein Interview mit Juristen aus Frankreich und Deutschland, die die deutsch-französischen Rechtsentwicklungen und -praxis prägen. Wir freuen uns sehr über das erste Interview mit Frau Prof. Dr. Dauner-Lieb.

Am Anfang war die Sprache. In Sprachferien in Avignon verliebte ich mich in die Provence, in Knoblauch und die französische Literatur. Als Konsequenz verbrachte ich die „première“ im lycée Louis Pasteur. Dann kam die Liebe. Er leistete seinen service militaire als coopérant im Süden von Tunesien ab. So verbrachte ich ein Jahr nach dem Abitur weitab von der Zivilisation, aber umgeben von französischer Sprache und französischen Büchern. Wegen meiner guten Sprachkenntnisse erhielt ich als junge Justiziarin in einer Familien-AG die Zuständigkeit für die Betreuung einer wichtigen französischen Tochtergesellschaft. 20 Jahre später wurde ich als Professorin in Köln Programmbeauftragte des renommierten deutsch-französischen Magisterstudienganges, dessen Betreuung jetzt einen zentralen

Welcher Unterschied fällt Ihnen zwischen der deutschen und der französischen Rechtspraxis besonders auf, der eventuell für Ihre eigene berufliche Tätigkeit von Bedeutung war beziehungsweise ist?

Schwerpunkt meiner Berufstätigkeit bildet. So schließt sich der Kreis, alles hat sich wunderbar gefügt.

Die deutsche Juristenausbildung ist stärker praxisorientiert, es dominiert von Anfang an die konkrete Falllösung. Dafür werden in der französischen Juristenausbildung die Grundlagen und die Einbettung des juristischen Systems in das historische, philosophische, wirtschaftliche Umfeld viel stärker thematisiert. Der deutsche Staat gönnt seinen Juristen den Luxus der Referendarausbildung, sodass alle Volljuristen die reglementierten Berufe praktisch kennengelernt haben, bevor sie eine eigene Berufsentscheidung fällen. Dagegen muss sich der französische Jurist bereits nach dem Universitätsstudium entscheiden. In der deutschen Praxis ist für Spitzenpositionen nach wie vor ein Dokortitel erwünscht. Viele Praktiker sind wissenschaftlich-publizistisch aktiv. Dementsprechend gibt es einen äußerst intensiven Dialog zwischen der höchstrichterlichen Rechtsprechung und der Wissenschaft. Nach meiner Wahrnehmung wird in der französischen Praxis eine wissenschaftliche Qualifikation in Form eines Doktors tendenziell für überflüssig gehalten. Trotz aller Unterschiede im Detail verblüfft es mich aber doch immer wieder, dass Juristen aller Länder in Denkweise und Habitus erstaunlich ähnlich sind.

Wo sehen Sie gute berufliche Aussichten für Juristen mit deutsch-französischen Rechtskenntnissen?

In europäischen und internationalen Institutionen, in den nationalen Administrationen und der Justiz, in internationalen Kanzleien, in der Politik, in Verbänden, im Journalismus, in der Hochschule, der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Wichtiger als rechtliches Spezialwissen ist die Fähigkeit, sich in unterschiedlichen Rechtsgebieten und kulturellen Kontexten sicher zu bewegen.

Welche Empfehlungen würden Sie allgemein an junge Juristen in der Ausbildung richten, damit sie später ein erfülltes berufliches Leben haben?

Finden Sie heraus, was Ihnen wirklich Freude macht, wofür Sie brennen, wo Ihre ganz persönlichen Stärken liegen. Bemühen Sie sich um juristische Exzellenz, aber nehmen Sie die Juristerei nicht zu ernst, das Leben funktioniert selten nach juristischen Regeln. Interessieren Sie sich für Politik, Wirtschaft, Geschichte! Erweitern Sie Ihren Horizont jenseits der juristischen Spezialkenntnisse. Pflegen Sie Familie, Freundschaften und Netzwerke, seien Sie offen für Überraschungen und Gelegenheiten. Seien Sie dankbar.



Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb ist Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht und Europäische Privatrechtsentwicklung an der Universität zu Köln. Unter anderen Funktionen ist sie Programmbeauftragte des Deutsch-Französischen Magisterstudiengangs Köln/Paris 1 und Mitglied des Fachkollegiums Rechtswissenschaften der DFG; sie hat mehrfach die gemeinsame Kommission DFG/Agence Nationale de la Recherche (ANR) geleitet.

Hinweis auf das Vorseminar und die Jahrestagung der DFJ in Heidelberg im Oktober 2018

Das **Vorseminar** für Studenten, Referendare und junge Juristen aus Deutschland und Frankreich findet vom **2. bis 7. Oktober 2018** in **Heidelberg** statt.

Unter der Überschrift „Karrierperspektiven im deutsch-französischen Rechtsverkehr“ warten auf die Teilnehmer aktuelle juristische Themen, Workshops, eine Wanderung sowie die Teilnahme an der Jahrestagung mit einem bunten Rahmenprogramm.

Wie schon im letzten Jahr besteht die Möglichkeit zur Vorstellung von Doktor- und Masterarbeiten.

Die diesjährige **Jahrestagung** zum Thema „Der deutsch-französische Wirtschaftsrechtsverkehr“ findet am **5. und 6. Oktober 2018** in **Heidelberg** statt.

Wir sind zu Gast an der Universität Heidelberg.

Es erwarten Sie interessante Vorträge zu aktuellen Themen mit jeweils deutschen und französischen Referenten sowie ein attraktives Rahmenprogramm zum persönlichen Kennenlernen. Während der Tagung findet eine Mitgliederversammlung statt.

■ Veröffentlichungen und besondere Tätigkeiten unserer Mitglieder

Assemblée Nationale und Deutscher Bundestag befürworten einen neuen Élysée-Vertrag

von Karl H. Beltz, Rechtsanwalt und Avocat au Barreau de Paris

Am 22. Januar 2018 jährte sich zum 55. Mal der Tag der Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit durch Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer im Pariser Élysée-Palast.

Dieser völkerrechtliche Vertrag, kurz Élysée-Vertrag genannt, enthält drei wesentliche Elemente: einen organisatorischen Teil mit einem verbindlichen Konsultationsmechanismus, der nicht nur die Staats- und Regierungschefs betrifft, sondern auch die Minister- und Staatssekretärebene einschließlich der Ministerialbeamten, sodann einen programmatischen Teil, in denen sich beide Länder zu einer

engen Zusammenarbeit, Konsultation und Koordinierung in allen Fragen der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik verpflichten, sowie einen dritten Bereich, der Erziehungs-, Bildungs- und Jugendfragen zum Gegenstand hat.

Das Herzstück des Élysée-Vertrags ist jedoch der verbindlich geregelte Konsultationsmechanismus. Dieser ist sozusagen das Öl im vielbeschriebenen deutsch-französischen Motor. Der dauerhafte und kontinuierliche Dialog beider Länder, unabhängig von tagespolitischen Erwägungen, findet heute auf fast allen politischen und administrativen Ebenen statt.

In den 70er Jahren verständigten sich Deutschland und Frankreich auf die Einführung eines Europäischen Rats und die Schaffung eines Europäischen Währungssystems, das dann später zur Einführung des Euro führte.

1988 gab es Zusatzprotokolle zum Élysée-Vertrag, insbesondere zur Schaffung eines gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftsrats, sowie eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats.

Auch die beiden Parlamente stehen seit 2003 in ständigem Dialog. Auch sie treffen sich in unregelmäßigen Abständen zu gemeinsamen Sitzungen und Beratungen.

Am 22. Januar 2018, anlässlich des 55. Jahrestags des Élysée-Vertrags, haben der Deutsche Bundestag und die *Assemblée Nationale* in getrennten Sitzungen in Berlin und Paris, in Gegenwart einer Delegation des jeweiligen Partnerparlaments, einen gemeinsamen Beschlusstext angenommen, in dem die deutsche und die französische Regierung aufgefordert werden, einen neuen Élysée-Vertrag im Laufe des Jahres 2018 auszuarbeiten.

Aufbauend auf den drei dargelegten Grundpfeilern, haben die beiden Parlamente folgende Erweiterungen bzw. Ergänzungen befürwortet:

Dies betrifft viele Bereiche des tagtäglichen Lebens, hauptsächlich in den Grenzregionen, wo es immer noch viele administrative Probleme gibt. Hier sollen gemeinsame Lösungen herbeigeführt werden, wie die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus dem schulischen, berufsbildenden und akademischen Bereich, der Austausch von Personal in Kindertagesstätten und Schulen und mehr praktische Anreize zum Erlernen der Nachbarsprache. Auch ist an eine Verbesserung im Bereich der Arbeitsvermittlung, an die Einführung gemeinsamer sozialer Standards bei der Inanspruchnahme sozialer und medizinischer Leistungen im Nachbarland gedacht. Hinzu kommen die bessere Vernetzung beim Datenaustausch und eine engere Kooperation zwischen der Bundespolizei und der französischen Grenzpolizei (PAF).

I. Ausbau und Vertiefung der deutsch-französischen Kooperation

1. Die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

2. Deutsch-französischer Wirtschaftsraum und europäischer Binnenmarkt

Es soll erreicht werden, dass die Verkehrsinfrastruktur über die deutsch-französische Grenze weiter zusammenwächst, nicht nur für Fernverkehrswege und Bahnverbindungen, sondern auch für Wander- und Fahrradwege.

Es sollen die Vertreter der Grenzregionen, insbesondere der Eurodistrikte, stärker in die Arbeit des deutsch-französischen Ministerrats eingebunden werden. So sollen in geeigneten Fällen die bisher bei den Bundesländern bzw. bei den Regionalbehörden bestehenden Befugnisse wechselseitig auf die Eurodistrikte übertragen werden, so z.B. bei der Trägerschaft grenzüberschreitender Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Gesundheitseinrichtungen. Gleiches gilt für den grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr.

Es soll nach Vorstellung der Parlamente ein deutsch-französischer Wirtschaftsraum geschaffen werden, mit einheitlichen Regelungen im Bereich des Unternehmens- und Insolvenzrechts. Ein wichtiger Schritt dahin soll die Angleichung der Bemessungsgrundlage der Körperschaftssteuer sein.

Die Bestimmungen des europäischen Binnenmarkts sollen insbesondere im Grenzraum gemeinsam umgesetzt werden und zwar durch den Abbau von administrativen und sprachlichen Hürden. Das gilt besonders für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt unter strenger Beachtung der Mindestlöhne, Arbeitsschutzbedingungen und der Arbeitnehmerrechte.

Folgende Ziele wurden gesetzt:

- Intensivierung, unter Einbeziehung des Deutsch-Französischen Jugendwerks und der Deutsch-Französischen Hochschule, der Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und jungen Berufstätigen; Schaffung eines deutsch-französischen Praktikantenstatus; Gründung deutsch-französischer Berufsschulzentren; Harmonisierung des Hochschullehrerstatus.
- Entwicklung bilingualer Schulklassen mit dem Ziel, sowohl das französische *Baccalauréat* als auch das deutsche Abitur in der gleichen Schuleinrichtung erwerben zu können.
- Schaffung von zehn gemeinsamen Kulturzentren in Kooperation zwischen den Goethe-Instituten und den *Instituts français*. Festlegung der Standorte bis zum Sommer 2019.

Dabei werden folgende Ziele angestrebt:

- Vertiefter und ständiger Austausch in allen wichtigen Fragen der Sicherheit- und Verteidigungspolitik und des außenpolitischen Handelns auf allen Entscheidungsebenen d.h. Ministern und Staatssekretären sowie der nationalen Parlamentsausschüsse untereinander. Ausbau der bestehenden Kapazitäten.

3. Jugend, Bildung, Sprache, Kultur und Städtepartnerschaften

4. Engere Partnerschaft in der Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik

- Deutsch-französische Koordinierung innerhalb der neu geschaffenen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO). Bessere Verzahnung der Generalstabsausbildung.
- Priorität der Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP).

5. Klimaschutz

Bei dem Klimaschutz werden eine bessere Koordination und Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 sowie Verbesserungen im Bereich von Forschung und Entwicklung angestrebt.

6. Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte

Der Deutsche Bundestag und die *Assemblée Nationale* befürworten die schnelle Umsetzung dieser Rechte mit dem Ziel, in Europa ein Mindestmaß an Chancengerechtigkeit, den Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz sowie Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen zu gewährleisten. Leben und arbeiten im Nachbarland soll künftig ohne Beeinträchtigungen möglich sein. Dazu gehört die Vereinbarung und Garantie eines Mindestmaßes an sozialen Rechten im Nachbarland und Sicherstellung entsprechenden Schutzes.

7. Vereinbarung bilateraler Projekte

Im Bereich Energiebinnenmarkt, Energieeffizienz und Elektromobilität soll erreicht werden, dass die Energienetze grenzüberschreitend ausgebaut und bei der Effizienz gemeinsame Standards vorangetrieben werden. Es soll eine deutsch-französische Infrastruktur für Elektromobilität und andere alternative Antriebe errichtet werden.

Im Bereich der digitalen Gesellschaft bleibt der Grundrechtsschutz oberstes Gebot. Es soll ein einheitliches Schutzniveau für höchste IT- und Cybersicherheit geschaffen werden.

Unternehmen in der digitalen Wirtschaft sollen auf europäischer und internationaler Ebene einer gerechten Unternehmensbesteuerung unterworfen werden.

Weitere bilaterale Initiativen soll es auf dem Gebiet der „Wirtschafts- und Währungsunion“ geben.

Es soll ein gemeinsames Handeln der in beiden Ländern zuständigen Stellen im Bereich von Migration und Integration geben, um die gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen sowie die Koordinierung von Maßnahmen in der Migrationspolitik zu gewährleisten.

Auf deutsche und französische Initiative hin soll eine europäische Innovationsagentur geschaffen werden, um gemeinsame Strategien für Zukunftsthemen zu entwickeln. Einrichtung eines gemeinsamen Innovationsfonds zur Förderung von Start-up-Unternehmen, der mit öffentlichen und privaten Geldern ausgestattet werden soll.

I. Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen

Beide Volksvertretungen beabsichtigen ihre Zusammenarbeit künftig zu intensivieren und im Rahmen des angestrebten Parlamentsabkommens auch rechtlich auf eine neue Basis zu stellen.

Bis zum 22. Januar 2019, dem 56. Jahrestag des Élysée-Vertrags, soll eine deutsch-französische Arbeitsgruppe, der je neun Abgeordnete beider Parlamente angehören, einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten. Dazu können auch Mitglieder des Europaparlaments hinzugezogen werden. Diese Arbeitsgruppe ist in die Verhandlungen beider Länderregierungen über die Aktualisierung des Élysée-Vertrags einzubeziehen.

Danach folgt eine Liste von Punkten, die in das Parlamentsabkommen aufgenommen werden sollen, wie zum Beispiel:

- Konvergenz der Gesetzgebungsverfahren in beiden Ländern bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht. Angestrebt wird eine einheitliche Umsetzung.
- Gemeinsame Tagungen der Parlamente einschließlich gemeinsamer Plenardebatten z.B. zu europäischen Themen vor einem EU-Gipfel.
- Leitung der Sitzung im Partnerparlament durch die Parlamentspräsidenten zum Beispiel bei Sitzungen zu europäischen Themen.
- Regelmäßige Konferenzen der Vorsitzenden der Fachausschüsse beider Parlamente mit dem Ziel, gemeinsame Prioritäten in Angelegenheiten der EU zu beraten.
- Benennung von Abgeordneten beider Parlamente als mitwirkungsberechtigte Mitglieder, die an den Sitzungen des Europaausschusses des jeweils anderen Parlaments mit Sitz- und Rederecht teilnehmen können.
- Gemeinsame Sitzung der Präsidien beider Parlamente mit dem Ziel, diese als Forum zur Unterstützung und Weiterentwicklung der deutsch-französischen Zusammen-arbeit zu nutzen.
- Entwicklung von Verfahren, um eine gemeinsame Positionierung der Parlamente zu europäischen Themen zu ermöglichen.
- Gemeinsame Vorbereitungssitzungen im Vorfeld von internationalen Versammlungen oder Konferenzen.

Weitere Informationen zur Überarbeitung des Élysée-Vertrags findet man unter:

www.bundestag.de/blob/537270/a0aac9a1ba8b4ea2867ecb6e9faa1f35/trait_elysee_resolution-data.pdf

<http://www.assemblee-nationale.fr/15/propositions/pion0542.asp>



Herr Beltz ist Avocat à la Cour und Rechtsanwalt. Er ist Inhaber der Rechtsanwaltskanzlei Cabinet d'avocats Karl H. BELTZ in Paris. Tätigkeitsschwerpunkte: Französisches Handels- und Wirtschaftsrecht, Europarecht. Herr Beltz ist Mitglied im Vorstand der AJFA und Vizepräsident der deutsch-französischen Kommission bei der Rechtsanwaltskammer Paris.

Parquet Général et *Bundesanwalt*schaft et l'Europe

par Jean-François Bohnert, procureur général près la Cour d'appel de Reims

Am 23. März 2018 fand in Paris auf Einladung des Generalstaatsanwalts bei der Cour de cassation ein Treffen von Vertretern französischer und deutscher Staatsanwaltschaften zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch statt, bei dem die Leitung der deutschen Delegation beim Generalbundesanwalt lag.

Die Actualités freuen sich sehr, den Beitrag von Herrn Jean-François Bohnert, Präsident der AJFA, veröffentlichen zu dürfen.

Lorsqu'il m'a été demandé de traiter ce sujet, j'ai spontanément pensé à l'image mythologique du « choc des Titans ». Si le terme choc est à l'évidence exagéré, au regard de nos débats bien paisibles, la référence aux Titans reste doublement pertinente : d'abord parce que cette image nous conduit en elle-même à l'horizon européen de la Grèce antique, mais aussi en raison du lien des Titans avec leurs sœurs, les Titanides, parmi lesquelles se distingue Thémis, personnification de la loi divine régissant le comportement des humains et, surtout, mère de Dicé, une des Heures qui, elle, personnifie la Justice.

Par-delà la mythologie, le titre de cette intervention suggère une double réflexion. Une réflexion d'abord *conclusive* (I), sous forme de rapide état des lieux, puis une réflexion *prospective* (II), nous conduisant à porter un regard nouveau sur les développements récents de l'Espace judiciaire européen.

Deux mécanismes juridiques président à cet ancrage : un ancrage via le droit européen proprement dit et un ancrage via la procédure judiciaire européenne, singulièrement dans le domaine pénal.

I. L'ancrage des deux parquets suprêmes dans l'Espace judiciaire européen du XXème siècle

A. L'ancrage via le droit européen (Allemagne & France)

1. Nous trouvons ici le point commun central entre le parquet général de la Cour de cassation et la *Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof*.

En effet, les deux parquets suprêmes ont en commun de participer à la régulation du droit interne, en contribuant à une application et une interprétation uniformisées de la loi sur l'ensemble de leurs territoires nationaux respectifs par chacune des deux Cours suprêmes.

Or, depuis le milieu du XX^{ème} siècle, l'on a assisté à une émergence d'un droit supranational, par l'effet des grands Traités (CEDH, Traités de Rome, d'Amsterdam, de Maastricht et encore plus récemment de Lisbonne). Il s'agit du *corpus* du droit européen, composé à la fois du droit communautaire et des droits de l'Homme, tels que développés par les juridictions européennes respectives, la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) et la Cour européenne des droits de l'Homme (Cour EDH). En France comme en Allemagne, nos deux cours suprêmes veillent à la parfaite intégration du droit européen dans le droit national via le « contrôle de conventionalité ».

On notera au passage une dissymétrie notable entre nos deux pays : l'Allemagne a ratifié la CEDH dès 1952 tandis que la France attendra encore plus de vingt pour suivre son voisin, avec une ratification intervenue en 1974 et complétée seulement en 1981 pour le droit d'accès direct à la Cour EDH.

Aujourd'hui, les deux parquets suprêmes vivent naturellement cet ancrage européen, en s'inspirant du droit européen et en l'appliquant au quotidien dans leur fonction de « jurisconsulte » et de « vigie », pour reprendre des expressions chères à M. le procureur général Jean-Claude Marin. Celles-ci rejoignent parfaitement, en traduction, la fonction première de la *Bundesanwaltschaft* allemande lorsqu'elle développe son activité autour du *Revisionsrecht*. Dans les deux cas, l'irrigation par le droit européen est manifeste.

2. S'agissant du quotidien de nos deux juridictions suprêmes, les pratiques professionnelles suivies de part et d'autre du Rhin conduisent nombre de magistrats, du parquet comme du siège, des deux Cours suprêmes à puiser une expérience directe dans les sources européennes majeures que sont la CJUE et la Cour EDH. Ont ainsi été érigés en règle d'airain les échanges de magistrats entre les deux Cours européennes et les deux Cours suprêmes française et allemande, notamment par la voie de stages et même de mise à disposition pour un temps donné d'avocats généraux référendaires (et de conseillers référendaires) auprès des deux juridictions de Luxembourg et de Strasbourg. De même, dans les deux pays, des passerelles ont été établies pour favoriser la porosité professionnelle

entre les deux ordres juridictionnels, cours suprêmes d'un côté et juridictions européennes de l'autre.

Par-delà ces échanges professionnels, des réseaux d'échange institutionnel ont également vu le jour dès la fin du XXème siècle. On mentionnera ici :

- Le Réseau européen des chefs de parquets généraux près les cours suprêmes au sein de l'Union européenne : construit sur le modèle du Réseau des présidents des cours suprêmes judiciaires de l'Union européenne institué en 2004, ce réseau propre au parquet des cours suprêmes est actuellement présidé par M. Jean-Claude Marin et se réunira en mai prochain à la Cour de cassation.
- Les liens anciens entre les Conférences des procureurs généraux de France et d'Allemagne, qui conduisent la Conférence semestrielle allemande à accueillir des procureurs généraux représentant auprès de leurs 25 collègues allemands chacun des pays limitrophes de l'Allemagne (France, Belgique, Luxembourg, Pays-Bas, Pologne, République tchèque, Autriche et Suisse). J'ai ainsi le grand privilège de représenter en Allemagne la Conférence des procureurs généraux français lors des deux rencontres annuelles organisées alternativement dans un des 16 Länder au printemps puis à Karlsruhe (siège de la *Bundesanwaltschaft* et du *Bundesgerichtshof*) à l'automne.

À ce stade, nous notons une parfaite symétrie entre les parquets généraux suprêmes de nos deux pays. Il en ira autrement lorsque nous examinerons leur ancrage dans la procédure judiciaire européenne.

B. L'ancrage via la procédure judiciaire européenne

La différence majeure entre nos deux pays résulte de l'existence ou de l'absence d'attributions opérationnelles dans le domaine de l'action publique, fonction traditionnelle d'un parquet.

1. En France, le parquet général de la Cour de cassation ne dispose d'aucune attribution dans le domaine de l'exercice de l'action publique, à l'exception toutefois de l'engagement des poursuites pénales devant la Cour de justice de la République (CJR), mais seulement après autorisation de la commission des requêtes.

De même, le procureur général près la Cour de cassation ne dispose d'aucun pouvoir hiérarchique à l'égard des 36 procureurs généraux près les cours d'appel de métropole et d'Outre-Mer, alors même que ces derniers sont nommés « avocats généraux à la Cour de cassation pour exercer les fonctions de procureur général auprès de la cour d'appel de X... ». Il exerce toutefois à leur égard une incontestable autorité morale.

2. En Allemagne, la *Bundesanwaltschaft* connaît un rôle fondamental dans le domaine de l'exercice de l'action publique, de surcroît dans

des matières majeures où le parquet suprême dispose d'une compétence exclusive, s'agissant des atteintes à la sûreté de l'État.

Il s'agit des domaines relatifs :

- au terrorisme, interne (RAF, dans le passé) ou international (DAESH, AL-QAIDA,...) ;
- à l'espionnage ;
- à la haute trahison ;
- aux crimes de guerre et aux crimes contre l'humanité.

Ces attributions trouvent leur explication dans la structure même de l'État fédéral allemand, composé de 16 Länder avec autant de ministères de la justice et dont le besoin de centraliser l'action publique dans des matières aussi essentielles pour la protection de l'État et de sa population a conduit à désigner la *Bundesanwaltschaft* comme titulaire exclusif de cette compétence.

L'ancrage du parquet général fédéral dans la procédure judiciaire européenne, socle de la construction de l'Espace judiciaire européen, résulte de l'utilisation des mécanismes classiques de la coopération judiciaire européenne en matière pénale tels qu'élaborés à partir des années 1990. Nous y trouvons bien sûr :

- les conventions européennes d'entraide (Convention du 29 mai 2000,...) ;
- le Réseau judiciaire européen en matière pénale (RJE/P) et les magistrats de liaison (dont on notera une très forte implication bilatérale dans les affaires de terrorisme) ;
- EUROJUST et EUROPOL (dont on soulignera l'excellence de la coopération à la suite des vagues d'attentats qui ont frappé nos deux pays depuis 2015) ;
- le mandat d'arrêt européen (MAE), dont on ne vantera jamais assez le progrès qu'il incarne au regard de l'ancienne procédure d'extradition.

Issus en grande partie d'une construction du XX^{ème} siècle, ces mécanismes d'entraide ont cimenté de manière décisive le socle d'un nouvel Espace judiciaire européen, celui du XXI^{ème} siècle. Ce dernier vient encore de s'enrichir d'un instrument nouveau, tout aussi décisif : le Parquet européen.

II. Une réflexion prospective devenue réalité : l'Espace judiciaire européen du XXI^{ème} siècle

Au second semestre 2017, l'Union européenne a vu émerger un acteur majeur nouveau dans le paysage du ministère public en Europe avec la naissance du Parquet européen.

1. Rappelons qu'il est le fruit d'une réelle volonté franco-allemande, transformée en 2016 en coopération renforcée à bientôt 22 États membres de l'UE et institutionnalisée par le Règlement européen n°

2017/1939 du 12 octobre 2017. Son démarrage opérationnel est annoncé pour 2020, soit dans deux ans à peine.

L'innovation majeure que comporte le Parquet européen est en fait double :

- ce parquet sera totalement indépendant, tant des États membres qui contribuent à son fonctionnement que des institutions et agences de l'Union européenne placées sous son autorité. L'indépendance de ses membres (Chef du parquet, procureurs européens nationaux et procureurs européens délégués) se vérifie déjà dans le processus de leur recrutement (cf. notamment les articles 14 à 16 du Règlement du 12 octobre 2017 précité) ;
- il dispose d'une véritable prérogative d'exercice de l'action publique à l'échelle européenne, c'est-à-dire supranationale. En cela, cette institution nouvelle est inédite, des instruments comme EUROJUST ne disposant pas du pouvoir de mettre en œuvre l'action publique, apanage réservé jusqu'alors aux seules autorités nationales des États membres.

Certes, le Parquet européen voit son champ d'action cantonné, pour l'heure, aux seules infractions portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union européenne (la célèbre « PIF ») et à leurs infractions connexes (« indissociablement » liées). Mais cette institution contient déjà dans ses gènes un vaste potentiel de développement ultérieur, lui permettant, par exemple, d'englober à terme des compétences d'action publique dans les domaines de la lutte contre le terrorisme et contre la criminalité organisée transnationale.

Quelle place pour les parquets suprêmes ?

2. Pour la France, le parquet général de la Cour de cassation conservera ses prérogatives souveraines dans le champ jurisprudentiel, à travers son rôle de « jurisconsulte » auprès de la Chambre criminelle. Celle-ci aura à développer une jurisprudence autour des actes diligentés par le Parquet européen puisque ce dernier ne pourra agir que par l'intermédiaire des autorités nationales des États membres participant à la coopération renforcée. Ainsi, les magistrats des parquets français ainsi que leurs collègues du siège, juges d'instruction et juges composant les formations de jugement, relèveront-ils en grande partie de la jurisprudence souveraine de la Chambre criminelle, aucune juridiction de jugement du fond n'ayant été instituée à l'échelle de l'Union européenne. En revanche, la Cour de justice de l'Union (CJUE) aura à connaître à double titre des actes du Parquet européen :

- via un recours préjudiciel, la CJUE pouvant être saisie par les juridictions nationales pour apprécier la validité des actes d'investigation du Parquet européen ou pour interpréter et pour apprécier la validité du droit de l'Union, y compris le Règlement 2017/1939, notamment ses articles relatifs à la compétence

matérielle du Parquet européen, en cas de conflit de compétence entre le Parquet européen et les autorités nationales;

- via un contrôle direct de la CJUE s'agissant, notamment, des décisions du Parquet européen de classer une affaire sans suite.

Pour l'Allemagne, l'analyse sera la même quant à la place de la *Bundesanwaltschaft* dans ce paysage judiciaire nouveau. Du moins, dans un premier temps. Car à sa compétence actuelle dans le seul domaine de l'élaboration de la jurisprudence nationale en matière pénale (*Revisionsrecht*) pourrait bien s'adjoindre une compétence opérationnelle, dès lors que le Parquet européen verrait ses propres attributions elles-mêmes élargies, notamment au domaine de la lutte contre le terrorisme.

Convenons que nous abordons là une prospective nouvelle, qui suppose de franchir d'autres étapes (et obstacles) préalables dans un cheminement encore long et complexe. Elle donnera certainement lieu, le moment venu, à d'autres rencontres du type de celle qui nous a réunis aujourd'hui...



Jean-François Bohnert est procureur général près la Cour d'appel de Reims, ancien magistrat de liaison en Allemagne et président de l'Association des Juristes Français et Allemands (AJFA).

La réserve héréditaire fait-elle partie de l'ordre public international français ?

par Mireille Virapoullé Schröder, Avocate au Barreau de Paris

Après le temps des hommages suite au décès du chanteur tant aimé des Français, voici venu le temps du règlement de la succession de Johnny Hallyday. Le chanteur aurait laissé un testament rédigé à Los Angeles en 2014, par lequel il aurait déshérité son fils David Smet et sa fille Laura Smet, en léguant la totalité de sa succession à son épouse. Cela est-il conforme au droit français ? Nous saisissons cette opportunité pour vous apporter quelques informations sur les dernières décisions de la Cour de cassation sur la réserve héréditaire de droit français au regard du droit international privé.

Pour rappel, la réserve héréditaire, principe clef du droit successoral français est la part de la succession dont la loi impose la dévolution aux héritiers réservataires (les descendants ou le conjoint survivant non divorcé).

L'étendue de la réserve héréditaire en droit français varie selon le nombre d'enfants laissés par le défunt, et équivaut à :

- la moitié de la succession s'il y a un enfant survivant ;
- les deux tiers de la succession s'il y a deux enfants survivants ;
- les trois quarts de la succession s'il y a trois enfants survivants ou plus.

À défaut de descendants, le défunt est tenu de laisser un quart de ses biens à son conjoint survivant non divorcé.

En cas de non-respect de ces règles dans le cadre d'une succession régie par le droit successoral français, les héritiers réservataires peuvent intenter une action en réduction, afin que leur réserve soit respectée. L'action en réduction doit être exercée dans un délai de 5 ans à compter du jour de l'ouverture de la succession ou de 2 ans à compter du jour où les héritiers ont eu connaissance de l'atteinte portée à leur réserve, dans la limite de dix ans à compter du décès.

En droit international privé, ce droit de réserve protégeant les enfants d'un défunt peut-il être remis en question par une loi étrangère ?

Deux décisions de la Cour de cassation en date du 27 septembre 2017 (Cass. 1e civ. 27-9-2017 n° 16-13.151 - Cass. 1e civ. 27-9-2017 n° 16-17.198) sont venues secouer ce principe considéré comme « intouchable » en droit français.

Dans les faits jugés, les défunts avaient durablement et depuis de très nombreuses années installé leur résidence en Californie.

La Cour d'appel dans ces deux affaires avait en outre jugé que les héritiers concernés n'étaient pas dans une situation de précarité économique ou de besoin (dans l'arrêt n° 16-13.151, la Cour d'appel a également pris soin de relever que les intéressés étaient tous majeurs au jour du décès de leur père).

Au vu de ces faits, la Cour de cassation a approuvé les décisions des juges du fond et a décidé que la succession était régie par le droit californien, et que ce droit pouvait valablement ignorer le droit de réserve successoral français des héritiers concernés. La Cour de cassation a affirmé ainsi clairement que la réserve héréditaire ne fait pas partie de l'ordre public international français.

La Cour de cassation retient en effet que « **une loi étrangère désignée par la règle de conflit qui ignore la réserve héréditaire n'est pas en soi contraire à l'ordre public international français** et ne peut être écartée que si son application concrète, au cas d'espèce, conduit à une situation incompatible avec les principes du droit français considérés comme essentiels ». « Et attendu qu'après avoir énoncé que la loi normalement applicable à la succession est celle de l'État de Californie, qui ne connaît pas la réserve héréditaire, l'arrêt relève qu'il n'est pas soutenu que l'application de cette loi laisserait l'un ou l'autre des conjoints X..., tous

*majeurs au jour du décès de leur père, dans une situation de précarité économique ou de besoin, que Michel X...résidait depuis presque trente ans en Californie, où sont nés ses trois derniers enfants, et que tout son patrimoine immobilier et une grande partie de son patrimoine mobilier sont situés aux États-Unis ; que la cour d'appel, qui n'était pas tenue de suivre les parties dans le détail de leur argumentation et qui a procédé aux recherches prétendument omises, en a exactement déduit que **la loi californienne ayant permis à Michel X...de disposer de tous ses biens en faveur d'un trust bénéficiant à son épouse, mère de leurs deux filles alors mineures, sans en réserver une part à ses autres enfants, ne heurtait pas l'ordre public international français** ».*

Dans ces décisions du 27 septembre 2017, les hauts magistrats rappellent ainsi trois limites à l'application en France d'une loi étrangère :

- La loi étrangère ne doit pas réduire ou supprimer les droits d'une personne pour des raisons d'ordre social, racial, politique, sexuel ou religieux.
- L'application de la loi étrangère ne doit pas résulter d'une fraude. Dans les deux décisions, la Cour de cassation rappelle précisément à ce sujet l'installation ancienne et durable du défunt aux États-Unis, pour justifier l'application de la loi de l'État du dernier domicile du défunt (loi applicable au moment des faits, antérieurs à l'adoption du Règlement européen du 4 juillet 2012).
- Les enfants, qui n'auront pas reçu l'équivalent de la réserve héréditaire reconnue par le droit français, ne doivent pas être dans une situation de précarité économique ou de besoin. À l'échelle internationale, la Cour de cassation semble ainsi accorder à la réserve héréditaire une simple fonction alimentaire, déconnectée de sa nature originelle.

C'est une analyse au cas par cas qui devra donc permettre aux juges du fond d'apprécier si l'une ou l'autre de ces limites aura été franchie et d'écarter, le cas échéant l'application de la loi étrangère.

Le Règlement européen n° 650/2012 du 4 juillet 2012 sur les successions, entré en vigueur en France le 17 août 2015, permet désormais de choisir la loi qui sera applicable à sa succession internationale. Précisément :

- Le Règlement prévoit qu'à défaut de choix contraire, la loi du lieu du dernier domicile du défunt est applicable à l'intégralité de la succession.
- Il est également possible au juge ou au notaire en charge de la succession d'appliquer la loi de l'État avec lequel le défunt entretenait des liens plus étroits que celui de son dernier domicile :

Effets du Règlement européen n° 650/2012 du 4 juillet 2012 sur la portée de la réserve héréditaire en droit successoral français

« lorsque, à titre exceptionnel, il résulte de l'ensemble des circonstances de la cause que, au moment de son décès, le défunt présentait des liens manifestement plus étroits avec un État autre que celui dont la loi serait applicable en vertu du paragraphe 1, la loi applicable à la succession est celle de cet autre État » (article 21 alinéa 2 du Règlement).

- Sur la base de l'article 22 du Règlement, il est possible de déroger à l'application de la loi de la dernière résidence habituelle en désignant la loi de l'État de la nationalité du défunt (*optio juris* ou *professio juris*).

Cette faculté de choix de loi successorale peut avoir un impact sur la portée de la réserve héréditaire française à l'échelle internationale. En effet, le Règlement prévoit que la loi étrangère choisie ne peut être écartée que si elle est « manifestement » incompatible avec l'ordre public international de l'État dans lequel cette loi doit être appliquée. Or, la Cour de cassation a jugé dans les arrêts suscités que la réserve héréditaire ne fait pas partie de l'ordre public international français.

Avec l'entrée en vigueur du Règlement européen n° 650/2012 du 4 juillet 2012 peuvent donc désormais s'affranchir du respect de la réserve héréditaire française :

- les Français qui s'installent durablement à l'étranger, dans un État dont la loi successorale ne prévoit pas la réserve ;
- les nationaux étrangers qui vivent en France, si leur loi nationale ignore la réserve.

Dans le cas de la succession de Johnny Hallyday, le chanteur a établi un testament en Californie sur la base de la loi successorale californienne. Cette loi est-elle applicable ?

C'est le Règlement européen n° 650/2012 du 4 juillet 2012 qui va donc déterminer au regard du droit international privé français la loi applicable à la succession du chanteur et la compétence éventuelle des juridictions françaises pour en connaître.

Johnny Hallyday n'était pas de nationalité américaine mais de nationalités française et belge. Il ne pouvait donc pas faire une *professio juris* au profit de la loi californienne, comme le permet l'article 22 du Règlement, puisque celle-ci n'est possible qu'au profit de la loi nationale de l'intéressé.

C'est donc bien la question de la détermination de la résidence habituelle du chanteur ou de l'État avec lequel il entretenait les liens les plus étroits qui est au cœur du débat.

D'autres questions seront sans doute examinées par les juridictions françaises et californiennes, telles que notamment la validité du testament, la compétence des juridictions, etc. La procédure s'annonce donc longue et intéressante pour tous les passionnés du droit international privé de la famille.



Mireille Virapoullé Schröder est Avocat au Barreau de Paris, inscrite sur la liste des avocats européens de la Rechtsanwaltskammer Düsseldorf. Elle est propriétaire du cabinet Virapoullé Schröder Avocats (VSA), Paris et Düsseldorf. Domaines d'activités dominantes : Droit fiscal et droit patrimonial international en particulier en matière franco-allemande

Accès au droit : les apports de la loi « J21 »

von Mélanie Belot, Magistrat

Quel est l'impact de la loi J21 sur l'accès au droit ?

La loi n° 2016-1547 du 18 novembre 2016 de modernisation de la justice du XXI^e siècle, dite « loi J21 », prévoit un renforcement de la politique d'accès au droit. La gouvernance et les missions des conseils départementaux de l'accès au droit (CDAD) évoluent en conséquence.

Il y a d'abord un impact symbolique tenant à la place de l'accès au droit dans la loi puisque celui-ci est mentionné dans l'article 1er - « Le service public de la justice concourt à l'accès au droit et assure un égal accès à la justice » -, lui-même inscrit dans le chapitre 1er « renforcer la politique d'accès au droit », au sein du titre 1er « rapprocher la justice du citoyen ».

Sur le fond, cette consécration de l'accès au droit comme composante du service public de la justice n'est pas neutre. Traditionnellement, les lieux d'accès au droit étaient situés hors des palais de justice, dans des structures dédiées : points d'accès au droit, maisons de justice et du droit, pour l'essentiel. Désormais, l'accès au droit a également toute sa place dans les juridictions elles-mêmes. Concrètement, la signature de conventions de partenariat entre les CDAD, les tribunaux de grande instance, les professionnels du droit et le secteur associatif est encouragée. Ces dispositifs gratuits de consultation et d'information juridiques, mis en place progressivement depuis 2016, permettent notamment de promouvoir les modes alternatifs de règlement des différends (MARD) et de fluidifier, le cas échéant, le circuit de l'aide juridictionnelle, quand la saisine du juge est nécessaire. L'accès au droit et à la justice s'en trouve ainsi optimisé.

En quoi les missions des CDAD évoluent-elles ?

Un nouvel alinéa, inséré à l'article 54 de la loi n° 91-647 du 10 juillet 1991 relative à l'aide juridique, prévoit que le CDAD « participe à la mise en oeuvre d'une politique locale de résolution amiable des différends ». De fait, les CDAD prennent déjà part à la promotion des MARD. En

Les modifications de la composition et de la gouvernance des CDAD aboutira-t-elle à une meilleure efficacité de ces groupements d'intérêt public ?



effet, l'entretien d'information sur la médiation familiale se déroule souvent dans un point d'accès au droit ou une maison de justice et du droit. Les conciliateurs de justice tiennent également des permanences en ces lieux. Mais la volonté du législateur est d'aller plus loin. Les présidents des 101 CDAD de France, par ailleurs présidents de tribunaux de grande instance, auront donc un rôle à jouer dans cette articulation nécessaire entre le CDAD et le tribunal de grande instance, qui pourra notamment prendre appui sur les projets de juridiction. La loi J21 incite en outre à la mutualisation des actions entre CDAD. Cela se pratique déjà parfois, mais gagne à être développé, eu égard aux retombées positives pour le grand public et les professionnels d'une part, aux avantages escomptés en termes de rationalisation et d'économies d'échelle pour les structures, d'autre part.

S'agissant de la composition, la représentation associative est renforcée puisqu'elle ne se limite plus à une seule association d'accès au droit, mais est élargie à une ou plusieurs associations œuvrant dans le domaine de l'accès au droit, de l'aide aux victimes, de la conciliation ou de la médiation. Cette évolution légitime, le secteur associatif étant incontournable, et logique, au vu de l'expression accrue des besoins, permettra une plus grande harmonisation des pratiques. Quant à la gouvernance, les procureurs de la République deviennent vice-présidents des CDAD, tandis que les magistrats délégués à la politique associative et à l'accès au droit (MDPAAD), désignés par les chefs de cour, les remplacent en qualité de commissaires du gouvernement. Cette modification donnera une dimension nouvelle au rôle des chefs de parquet dans les CDAD et améliorera l'articulation entre leurs missions propres en matière de politique d'aide aux victimes et les missions du CDAD. Par ailleurs, ces dispositions permettront de favoriser le caractère régional de la politique d'accès au droit, des disparités dans l'activité des CDAD existant parfois au sein même d'une cour d'appel. La mise en oeuvre de la loi J21 par les acteurs concernés renforcera l'accès au droit, au bénéfice des usagers du service public de la justice.

Mélanie Belot est magistrat, chef du bureau de l'accès au droit au Service de l'accès au droit et à la justice et de l'aide aux victimes (SADJAV), secrétariat général du ministère de la Justice.

Transfert des données de la société WHATSAPP à la société FACEBOOK – Mise en demeure de la société WHATSAPP de se conformer à la loi par la CNIL le 18 décembre 2017

par Marie-Avril Roux Steinkühler, Avocat à la Cour de Paris

En 2014, la société WHATSAPP était rachetée par la société FACEBOOK Inc.. Le 25 août 2016 elle mettait en ligne une nouvelle version des conditions d'utilisation et de confidentialité de son application, avertissant les utilisateurs de la transmission désormais systématique de leurs données personnelles à la société FACEBOOK Inc.. Il était spécifié que cette transmission avait notamment deux finalités, la « *business intelligence* » et la sécurité. Les utilisateurs avaient désormais le choix entre refuser, l'accès à l'application leur étant alors interdit ou accepter sans condition.

Le Groupe 29¹ ou G29, alerté par ces modifications, s'empressait de demander à la société WHATSAPP de lui fournir de plus amples informations concernant lesdits traitements et exigeait l'interruption immédiate de tout ciblage publicitaire. Il mandatait par ailleurs son « *Enforcement Subgroup* » de coordonner les éventuelles investigations des autorités nationales et notamment celles de la Commission nationale de l'Informatique et des Libertés (ci-après CNIL).

La CNIL entreprit, courant novembre 2016, des contrôles en ligne et sur questionnaire et convoqua la société WHATSAPP pour une audition.

Au cours de ces différents contrôles, la CNIL constata qu'aucune information relative aux traitements de données à caractère personnel mis en place par la société WHATSAPP n'était présente sur le formulaire permettant de créer un compte sur l'application et que le consentement recueilli auprès des anciens comme des nouveaux utilisateurs s'agissant de la transmission de leurs données à la société FACEBOOK Inc. n'était pas libre.

Forte de ces constats, la CNIL exhorta alors la société WHATSAPP de lui communiquer des échantillons des données des utilisateurs français transmises à la société FACEBOOK Inc.

La société WHATSAPP se contenta de répondre qu'elle n'utilisait pas les données des utilisateurs français aux fins de ciblage publicitaire et refusa catégoriquement de communiquer de plus amples informations à la CNIL, estimant n'être soumise qu'à la seule législation américaine.

¹ Le Groupe 29 regroupe l'ensemble des CNIL européennes.

La loi française étant applicable, la société WHATSAPP a commis un manquement à son obligation de coopérer avec la CNIL

Aussi, le 18 décembre 2017², compte tenu du non-respect par la société WHATSAPP de son obligation de coopérer avec la CNIL (1.) et des manquements relatifs au traitement des données qu'elle met en œuvre (2.), la CNIL mettait-elle publiquement en demeure la société WHATSAPP de se conformer à la loi dans un délai d'un mois (3.).

L'article 5- 2° du I de la loi Informatique et Libertés prévoit que sont soumis à ses dispositions les traitements pour lesquels le responsable « sans être établi sur le territoire français ou sur celui d'un autre État membre de la Communauté européenne, recourt à des moyens de traitement situés sur le territoire français (...) », ce qu'a confirmé le G29 dans son avis n° 8/2010 du 16 décembre 2010 du G29³.

En l'espèce, il est indéniable que la société WHATSAPP collecte des données à caractère personnel en ayant recours à des moyens de traitement situés sur le territoire français, puisque le service de messagerie proposé par l'intermédiaire de son application a notamment vocation à être installé sur des terminaux mobiles situés entre autres, sur le territoire français (cf. langue d'utilisation et possibilités de paramétrage spécifiques à la France) et permet de collecter de nombreuses données relatives à l'identité des utilisateurs (nom, numéro de téléphone, photographie...). La société WHATSAPP est donc bien soumise à la loi Informatique et Libertés française, dans sa version modifiée⁴.

Or, à plusieurs reprises, la CNIL a demandé à la société WHATSAPP de lui fournir des documents contractuels ou non encadrant les échanges de données entre la société WHATSAPP et les sociétés destinataires desdites données ainsi que l'ensemble des données communiquées par la société WHATSAPP à la société FACEBOOK Inc. pour un échantillon de mille utilisateurs situés sur le territoire français.

La société WHATSAPP a répondu à ces demandes en indiquant ne pas comprendre la nature de la documentation sollicitée, ou que la transmission de l'échantillon souhaité se heurtait à des difficultés légales, ou encore que la documentation attendue étant soumise à des règles de confidentialité strictes, elle ne pouvait à ce titre lui être communiquée.

Ces éléments de réponse qui illustrent l'insuffisance pour ne pas dire l'absence de coopération de la société WHATSAPP avec la CNIL,

² <https://www.legifrance.gouv.fr/affichCnil.do?oldAction=rechExpCnil&id=CNILTEXT000036232595&fastReqId=1869831892&fastPos=2>

³ « Lorsqu'un responsable du traitement collecte sciemment des données à caractère personnel, même accessoirement, en ayant recours à des moyens situés dans l'UE, la directive s'applique ».

⁴ Loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 dans sa version modifiée.

La CNIL a constaté le défaut de base légale des traitements de données mis en œuvre

caractérisent un manquement à l'obligation de coopérer avec la CNIL conformément à l'article 21 de la loi Informatique et Libertés précitée⁵.

Les différentes investigations menées ont confirmé que l'utilisation desdites données se limitait aux seules finalités de sécurité et de business intelligence, ce qui a attisé les craintes du G29 et de la CNIL.

Car si l'objectif de sécurité est essentiel au bon fonctionnement de l'application, ce qui est acceptable, ce n'est pas le cas de la finalité dite de « *business intelligence* » visant à « *l'amélioration des performances de l'application et à optimiser son exploitation* », qui selon les termes employés par la CNIL dans son communiqué du 18 décembre dernier ne repose sur aucune bases légales listées à l'article 7 de la loi Informatique et Libertés⁶.

S'agissant en premier lieu de l'argument du recueil du consentement libre et spécifique de la personne concernée, invoqué par la société WHATSAPP, il n'est pas valable en l'espèce.

En effet, d'après l'avis n° 15/2011 du 13 juillet 2011 du G29 « *le consentement ne peut être valable que si la personne concernée est véritablement en mesure d'exercer un choix (...) et s'il n'y a pas de conséquences importantes si elle ne donne pas son consentement* » et de préciser « *si les conséquences du consentement sapent la liberté de choix des personnes, le consentement n'est pas libre* ».

En l'espèce, les utilisateurs ont certes été informés de la transmission de leurs données, mais la manifestation de leur volonté ne saurait être qualifiée de libre, dans la mesure où le seul moyen dont ils disposent pour s'y opposer, est de désinstaller l'application et donc de renoncer complètement à son utilisation.

⁵ En outre, l'article 21 de la loi Informatique et Libertés 21 de la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 dispose que « *les (...) dirigeants d'entreprises publiques ou privées, responsables de groupements divers et plus généralement les détenteurs ou utilisateurs de traitements ou de fichiers de données à caractère personnel ne peuvent s'opposer à l'action de la commission ou de ses membres et doivent au contraire prendre toutes mesures utiles afin de faciliter sa tâche* ».

⁶ Article 7 de la loi Informatique et Libertés n° 78-17 du 6 janvier : « Un traitement de données à caractère personnel doit avoir reçu le consentement de la personne concernée ou satisfaire à l'une des conditions suivantes :

1° Le respect d'une obligation légale incombant au responsable du traitement ;

2° La sauvegarde de la vie de la personne concernée ;

3° L'exécution d'une mission de service public dont est investi le responsable ou le destinataire du traitement ;

4° L'exécution, soit d'un contrat auquel la personne concernée est partie, soit de mesures précontractuelles prises à la demande de celle-ci ;

5° La réalisation de l'intérêt légitime poursuivi par le responsable du traitement ou par le destinataire, sous réserve de ne pas méconnaître l'intérêt ou les droits et libertés fondamentaux de la personne concernée. »

Par ailleurs et comme l'a rappelé le G29 dans son avis précité, le consentement doit être spécifique, *« En d'autres termes, un consentement général, sans préciser la finalité exacte du traitement, n'est pas acceptable. Le consentement doit être donné sur les différents aspects, clairement définis, du traitement. (...) En effet, il ne saurait être considéré comme couvrant toutes les finalités légitimes poursuivies par le responsable du traitement »*.

En l'espèce, les utilisateurs consentent de manière générale aux conditions d'utilisation et à la politique de confidentialité avant d'installer l'application. Le consentement délivré concerne non seulement le traitement des données par la société WHATSAPP, mais aussi leur traitement par la société FACEBOOK Inc. à des fins accessoires dont l'amélioration de son service fait partie. Par conséquent, le consentement à la transmission des données n'est pas spécifique.

Faute d'être libre et spécifique, le consentement des utilisateurs n'a donc pas valablement été recueilli.

S'agissant en second lieu de l'intérêt légitime du responsable de traitement invoqué par la société WHATSAPP, il doit être apprécié non seulement en tant que tel mais aussi au regard de l'intérêt de la personne concernée et de ses droits et libertés fondamentaux, *« auxquels l'intérêt du responsable de traitement ne saurait porter atteinte »*. Il s'agit donc de tenir compte de la proportionnalité du traitement de données au regard de ses finalités.

En l'espèce, les données des utilisateurs de l'application de la société WHATSAPP sont transmises à la société FACEBOOK Inc. même lorsque ces derniers ne disposent pas d'un compte FACEBOOK. Comme la CNIL l'a souligné dans sa décision du 27 novembre 2017 *« cela signifie que les données de ces personnes sont transmises à un autre responsable de traitement avec lequel elles n'entretiennent aucun lien »*.

En outre, dans son avis n° 06/2014 du 09 avril 2014, le G29 souligne concernant l'intérêt légitime que *« doivent être prises en compte dans la balance des intérêts les garanties supplémentaires mises en place par le responsable du traitement afin de prévenir toute incidence injustifiée sur les personnes concernées »*.

Or, comme le constate à juste titre la CNIL, *« un mécanisme d'opposition reposant sur la suppression définitive d'un compte ne permet pas d'assurer un juste équilibre entre l'intérêt de la société et l'intérêt des personnes concernées en ce qu'il a pour conséquence de priver la personne de l'utilisation d'un service »*.

Dans le cas d'espèce, force est de constater que la finalité dite de *« business intelligence »* ne paraît pas indispensable au bon fonctionnement de l'application et que c'est à la société WHATSAPP et

non à ses utilisateurs que profite en premier lieu la transmission des données. Le déséquilibre patent entre le traitement « massif » d'informations par un seul acteur pour des finalités non précisément déterminées entraîne nécessairement un déséquilibre important qui devrait être rectifié par l'aménagement d'un mécanisme d'opposition effectif au profit de l'utilisateur.

En conclusion, l'absence de consentement libre et spécifique des utilisateurs, de même que le défaut d'intérêt légitime de la société WHATSAPP constituent un manquement à l'obligation pour tout traitement de données de satisfaire à l'une des bases légales énumérées à l'article 7 de la loi Informatique et Libertés.

Le 18 décembre 2017, la CNIL a mis publiquement en demeure la société WHATSAPP d'avoir à se conformer à la loi dans un délai d'un mois

Le 18 décembre 2017, la Présidente de la CNIL a mis en demeure la Société WHATSAPP de se conformer à la loi dans un délai d'un mois, décision que la Direction de la CNIL, après concertation interne, a rendu publique⁷.

Si certains ont vu dans la publicité de cette décision une sanction, la CNIL a affirmé que dans un souci de transparence à l'égard des utilisateurs, l'objectif poursuivi était avant tout d'alerter les utilisateurs de l'application de la société WHATSAPP et de « *leur permettre de garder le contrôle sur leurs données* ». Il est également vraisemblable que le caractère insuffisant voire inexistant de la coopération de la société WHATSAPP tout au long des investigations menées par la CNIL n'est pas étranger à cette décision.

La CNIL a cependant précisé que cette décision ne saurait constituer une sanction dans la mesure où si la société WHATSAPP se conforme à la loi dans le délai imparti, la procédure sera clôturée et sa clôture sera également rendue publique. À défaut de mise en conformité dans le délai imparti, la CNIL nommera un rapporteur chargé de proposer à la formation restreinte de la Commission de prononcer l'une des sanctions prévues à l'article 45 de la loi Informatique et libertés (prononcé d'un avertissement, d'une sanction pécuniaire, injonction de cesser le traitement doublé d'un retrait de l'autorisation accordée...).



Marie Avril Roux Steinkühler ist Avocat à la Cour und Mitglied der Rechtsanwaltskammer Berlin. Sie ist Fachanwältin für geistiges Eigentum, mit Fokus auf Marken- und Urheberrecht, sowie Fachanwältin für neue Technologien, Informatik und Kommunikation. Seit 2016 ist sie Sachverständige für Vordiagnostiken bezüglich des Schutzes des geistigen Eigentums in Unternehmen im Auftrag der INPI.

7

<https://www.legifrance.gouv.fr/affichCnil.do?oldAction=rechExpCnil&id=CNILTEXT000036232717&fastReqId=1869831892&fastPos=1>

■ Lesenswerte Publikationen aus Deutschland und Frankreich

Mit dieser Ausgabe beginnt eine Kooperation zwischen den Actualités der DFJ und der juristischen Datenbank BIJUS der Universität des Saarlandes. Es werden ab jetzt regelmäßig Rezensionen von deutsch- und französischsprachigen juristischen Werken publiziert, die wir mit der freundlichen Genehmigung der Bijus Leitung abdrucken. Weitere Rezensionen unserer Mitglieder sind natürlich jederzeit willkommen.

BIJUS, la base de données juridiques franco-allemandes



BIJUS est un service du Centre juridique franco-allemand, géré par la Chaire de droit public français de l'Université de la Sarre dirigée par le professeur Philippe Cossalter.

BIJUS a pour objectif de promouvoir et de faciliter la communication entre juristes allemands et français. Fondé il y a vingt ans par le Professeur Christian Autexier, BIJUS se divise en deux sections linguistiques : D-BIJUS qui réunit les informations en langue française et anglaise sur le droit allemand et F-BIJUS qui contient les informations en langue allemande et anglaise sur le droit français. Les différentes sections de BIJUS sont BIJUS Biblio représentant un référencement en ligne de plus de 8000 références bibliographiques dans la langue de chaque pays sur le système juridique du pays partenaire ; BIJUS Norm constituant un signalement des traductions existantes des règles de droit de chaque pays dans la langue du pays partenaire et reproduction en ligne des principales d'entre elles, dont la traduction est assurée par l'équipe de la Chaire de droit public français de l'Université de la Sarre ; BIJUS Info chargé de la publication régulière d'articles, commentaires, analyses ou simplement notes dans la langue de chaque pays concernant les évolutions récentes du système juridique du pays partenaire ; BIJUS Doc qui publie des œuvres doctrinales de toute nature (articles, mémoires et thèses, livres anciens et modernes) ayant en commun de porter une analyse de droit comparé franco-allemand ou simplement de présenter le système juridique de chacun des pays dans l'autre langue.

Höchstrichterliche Rechtsprechung zum deutschen und zum französischen Verwaltungsrecht im Vergleich, herausgegeben von Klaus Rennert/Bernard Stirn/Maryvonne de Saint-Pulgent

Gemeinsames Sonderheft der Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht und der Revue française de droit administratif, Leipzig/Paris, 2018

von Dr. Maria Kordova, LL.M.

Das gemeinsame Sonderheft der *Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht* und der *Revue française de droit administratif* führt ein 2014 von Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert und Jean-Marc Sauvé begonnenes deutsch-französisches Projekt fort.

Diese deutsch-französische Ausgabe trägt zu einer besseren Kenntnis der Rechtsordnung und der Rechtsprechung Frankreichs und Deutschlands bei und ist zugleich durch den Einfluss sowohl des Unionsrechts als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention auf das materielle und das Verfahrensrecht der beiden Länder geprägt. Im Rahmen dieses Projektes wurde in der *Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht* eine neue Rubrik « Rechtsprechung des französischen Conseil d'État » eingerichtet und die *Revue française de droit administratif* nahm die Beiträge in die schon existierende Rubrik « *Droit administratif comparé* » auf. Nach einer Einführung in die ausgewählten Themen werden Gerichtsentscheidungen für die Leser des jeweils anderen Landes dargestellt. Die bisher erschienenen neun Beiträge dienen diesen Zielen des Projektes. Vier von ihnen wurden für dieses zweisprachig erscheinende Sonderheft ausgewählt.

Das Projekt reiht sich ein in die verstärkten Bemühungen beider nationaler Höchstgerichte um die Rechtsvergleichung, besonders um die Rechtsprechungsvergleichung. Es fördert damit die Tendenz zur « Konvergenz der Systeme » der nationalen Verwaltungsordnungen. Es trägt gleichzeitig auch zur Fortentwicklung des gemeinsamen Unionsrechts bei, das sich auf Grundlage von nationalen Ideen, Grundsätzen und Überzeugungen bildet.

Die vier für dieses Sonderheft ausgewählten Themen betreffen die Religionsfreiheit und das Verhältnis von Kirche und Staat (Beiträge von Jean Lessi, *Conseil d'État* und Prof. Dr. Ulrike Bick, Bundesverwaltungsgericht), die Reichweite der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle (Beiträge von Manon Perrière und Nicolas Labrune, *Conseil d'État* und Prof. Dr. Ulrike Bick, Bundesverwaltungsgericht), den einstweiligen Rechtsschutz (Beiträge von Anne-Cécile Castellani-Dembélé und Nicolas Labrune, *Conseil d'État* und Prof. Dr. Ulrike Bick, Bundesverwaltungsgericht) und das öffentliche Dienstrecht (Beiträge von Emmanuelle Petitdemanche und

Anne-Cécile Castellani-Dembélé, *Conseil d'État* und Dr. Carsten Günther, Bundesverwaltungsgericht).

Die Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Staat zeigen deutlich, dass es sich um zwei ganz unterschiedliche Systeme handelt: in Frankreich regiert das Konzept der « Laizität » und in Deutschland sind die Gerichte mit Fragen des Schulrechts (Burkiniurteil, Ethikunterricht) beschäftigt.

Das Thema der Reichweite der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle stellt ebenfalls inhaltliche Divergenzen in den beiden Rechtsordnungen dar: Die einzige Gemeinsamkeit besteht darin, dass es in Deutschland und in Frankreich Abstufungen in der Intensität der richterlichen Kontrolle gibt. Die Beiträge zum öffentlichen Dienstrecht und zum Eilverfahren machen die gemeinsamen Merkmale deutlich. Selbst in diesen Beiträgen gibt es Besonderheiten (drei öffentliche Dienste in Frankreich; der deutsche Verwaltungsrichter ist überfordert, wenn er die Vielzahl der französischen « *référés* » auseinander zu halten versucht). Der Leser soll zur Kenntnis nehmen, dass im unmittelbar angrenzenden Nachbarland viele gleichlautende Fragen völlig anders beantwortet werden. Hierdurch wird zugleich der Blick auf das eigene vertraute Rechtssystem geschärft.

Le droit allemand, 3e édition, coll. Connaissance du droit, Dalloz, 2018, Claude Witz

par Maria Kordova, LL.M., docteur en droit

La troisième édition de l'ouvrage *Le droit allemand* paru initialement en 2001 comporte de précieuses informations destinées au public francophone. L'opuscule (220 p.) de Claude Witz, Professeur émérite de l'Université de la Sarre, où il a dirigé la Chaire de droit privé français, est un outil indispensable pour le juriste de langue française qui souhaite s'initier au système juridique allemand. Cette nouvelle édition fait état d'importants changements en droit des obligations qui ont principalement affecté le Code civil allemand (*BGB*) en y modifiant près d'une cinquantaine de paragraphes suite à la transposition de la directive européenne 2011/83 du 25 octobre 2011 relative aux droits des consommateurs par la loi du 20 septembre 2013. On y trouve également une nouvelle définition du contrat de travail (§611-a *BGB*). L'élément le plus important est sans doute l'ouverture du mariage aux personnes de même sexe résultant de la loi du 20 juillet 2017 entrée en vigueur le 1^{er} octobre 2017.

L'opus comporte neuf chapitres portant successivement sur *L'accès au droit allemand* (qui présente l'enseignement universitaire et les

diverses filières permettant d'accéder aux différentes professions juridiques), sur les *Structures générales du système juridique allemand* (touchant à l'évolution historique qui s'ouvre par la réception du droit romain, passe par le droit de la raison et les premières codifications, le XIX^e siècle et l'unification du droit allemand, par le régime de la République de Weimar et la période nationale-socialiste pour arriver à l'époque actuelle), les *Sources du droit allemand* (le droit écrit, la jurisprudence, la coutume et la hiérarchie normative), *l'Organisation juridictionnelle de l'Allemagne* (avec, comme exemple, la juridiction ordinaire et la Cour constitutionnelle fédérale), les *Structures du droit public allemand* (les organes, les principes constitutifs de l'ordre constitutionnel, les droits fondamentaux), les *Structures du droit pénal* (droit pénal matériel et procédural), les *Structures du droit privé* (les sources du droit civil, du droit commercial et des sociétés et du droit du travail), les Principes directeurs du droit privé (contenant un exposé des principes d'autonomie privée, de confiance et le principe de séparation et d'abstraction), les *Éléments essentiels du droit civil patrimonial* (accentuant sur la notion d'acte juridique, sur les contrats créateurs d'obligations et la responsabilité délictuelle), sur *Le juriste allemand* (esquissant un portrait des différentes professions juridiques), et, enfin, sur le *Style juridique allemand* (en détaillant les styles législatif, judiciaire et doctrinal).

Introduction à l'histoire du droit public en Allemagne XVI^e – XXI^e siècle, Classiques Garnier, coll. Histoire du droit, n° 4, 2018, Michael Stolleis, tr. fr. Aurore Gaillet

L'ouvrage *Introduction à l'histoire du droit public en Allemagne* (265 p.), qui paraît en langue française à la collection *Histoire du droit* des éditions Classiques Garnier, est un condensé des quatre volumes *Geschichte des Öffentlichen Rechts in Deutschland* écrits dans la période 1988-2012, par Michael Stolleis, Professeur émérite de droit public et d'histoire du droit à l'Université Johann Wolfgang Goethe de Francfort-sur-le-Main.

Il s'agit de porter à la connaissance du public français une présentation concise et savante de l'état et de l'évolution de la science du droit public en Allemagne s'étalant du XVI^e au XXI^e siècle. L'histoire politique et constitutionnelle constitue l'arrière-plan de l'étude de la scène intellectuelle allemande. L'histoire du droit public des XIX^e et XX^e siècles représente le point central de l'ouvrage en accentuant en particulier sur les débats doctrinaux ayant cours à l'époque du constitutionnalisme allemand (Chapitre V), sur le positivisme juridique, pièce maîtresse des discours juridiques de la fin du XIX^e et du début du XX^e siècle, sur les querelles méthodologiques de Weimar

(Chapitre X), sur les raisons menant à la débâcle nationale-socialiste (Chapitre XII). Une partie de l'ouvrage est consacré à la période post-1949 et à la reconstruction de l'État de droit, en n'oubliant pas d'exposer le système juridique et les orientations de la littérature juridique de la République démocratique allemande (Chapitre XVI).

Le texte français, que l'on doit à Aurore Gaillet, est lisible et communique de manière juste la pensée de l'auteur malgré les difficultés dont peut témoigner l'effort de traduire certains termes propres à la langue et à la culture juridiques allemandes.



Dr. Maria Kordeva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für französisches öffentliches Recht der Universität des Saarlandes in Saarbrücken. Besondere Tätigkeitsschwerpunkte: Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Rechtstheorie.

■ Nachrichten aus dem Hochschulbereich und aus der Anwaltschaft

Fortbildungslehrgang für Anwälte durch den *Barreau de Paris* und die Rechtsanwaltskammer des Saarlandes

Après la signature d'un accord de coopération entre l'Ordre des avocats du Barreau de Paris, la *Rechtsanwaltskammer des Saarlandes*, le *Saarländischer Anwaltverein*, l'Université de la Sarre, la Faculté de droit de Sarrebruck, un programme de formation continue franco-allemande a vu le jour au Centre Juridique Franco-Allemand (CJFA) depuis la rentrée 2017. Les institutions partenaires ont en effet confié au CJFA la mission de proposer une formation continue aux avocats français et allemands.

Les avocats français auront la possibilité de suivre une formation en droit allemand leur permettant d'éclairer leurs clients sur des questions concernant le système juridique allemand. Les cours auront lieu à Sarrebruck dans les locaux de l'Université ainsi qu'à l'École de formation professionnelle des barreaux de la Cour d'appel de Paris qui se trouve à Issy les Moulineaux (EFB). La formation pourra être suivie dans le cadre d'un programme annuel complet de cours ou en tant qu'auditeur libre. Le total de participants ne pourra excéder 25 personnes. Pour prendre connaissance des informations pratiques et notamment du calendrier des formations, merci de consulter le site internet de la formation :

<http://avocats-rechtsanwaelte.cjfa.eu/home/>

Les frais de participation pour le programme complet (66 heures de formation avec obtention d'un certificat universitaire) s'élève à 1.500 € HT par participant. La participation en tant qu'auditeur libre (6 heures de formation par module) pour un module s'élève à 300 € HT. L'inscription au programme se fait grâce au lien suivant : <http://avocats-rechtsanwaelte.cjfa.eu/inscription/>

Dr. Florence N'Diaye, Akademische Oberrätin du CJFA et Prof. Dr. Philippe Cossalter, Directeur du CJFA, sont en charge du programme pour le CJFA et peuvent être contactés pour toute demande de renseignements.

Gemeinsames Seminar zur Einführung in das deutsche Recht der EFB, des *Barreau de Paris* und des Landes Nordrhein-Westfalen

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M. und Karl H. Beltz

Nordrhein-Westfalen und die Rechtsanwaltskammer Paris fördern gemeinsam die postuniversitäre Ausbildung deutscher und französischer Juristen. Deutsche Rechtsreferendare besuchen seit Jahren französische Institutionen der Justiz und Verwaltung. Nun ist diese Chance auch französischen Anwaltsschülern in Deutschland gegeben.

Erstmalig fand in der ersten Maiwoche 2018 das *Séminaire d'Allemagne* in Düsseldorf statt. Eine Woche lang besuchten 17 angehende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte der Pariser Anwaltschule (*École du Barreau de Paris - EFB*) verschiedene Institutionen, Gerichte und Kanzleien in Nordrhein-Westfalen und erhielten eine allgemeine Einführung in das deutsche Recht und in die deutsche Rechtsterminologie.

Das Seminar wurde gemeinsam von der EFB und dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Unterstützung des Deutsch-Französischen Jugendwerks organisiert und von Herrn Rechtsanwalt Karl H. Beltz und Frau Rechtsanwältin Catherine Stary, beide Vize-Präsidenten der Deutsch-Französischen Kommission der Pariser Rechtsanwaltskammer sowie Herrn Brice Martin, Leiter der Abteilung Internationales der EFB, geleitet.

Die Grundlage dieses Seminars legte der vormalige Justizminister Thomas Kutschaty, als er Anfang 2017 gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der Pariser Rechtsanwaltskammer, Bâtonnier Frédéric Sicard, eine Absichtserklärung über die Verstärkung des deutsch-französischen Austauschs in der Juristenausbildung unterzeichnete.

Das *Séminaire d'Allemagne* gewährte den sehr interessierten Pariser Anwaltsschülern Einblicke in das Arbeitsleben des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, der Staatskanzlei, des französischen Generalkonsulats in Düsseldorf, des Amts- und Landgerichts Düsseldorf, des Oberlandesgerichts Düsseldorf, der Düsseldorfer Rechtsanwaltskammer, des Deutschen Anwaltvereins, der Heinrich-Heine Universität und der Kanzleien Linklaters, Baker & Mc Kenzie und Kutscher-Puis Legal.

Das erste Deutschland Seminar der Pariser Anwaltskammer reiht sich ein in das sehr erfolgreiche Frankreich-Programm des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen zur Ausbildung deutscher Rechtsreferendare. Dank dieses Programms, das zweimal jährlich stattfindet, haben sich bereits mehr als 2.000 Rechtsreferendare einen Einblick in die Arbeit der französischen Justiz verschafft.

Diesen in Nordrhein-Westfalen geförderten Initiativen ist es auch zu verdanken, dass die Rechtskultur des Nachbarstaates immer besser verstanden wird, in der Hoffnung, dass deutsche und französische Juristen in Zukunft noch erfolgreicher zusammenarbeiten werden.

Interessierte Jungjuristen erhalten weitere Informationen unter <http://www.efb.fr/international/> und www.rechtsreferendare-frankreich.nrw.de.

■ Stellenanzeigen



WIR SUCHEN VERSTÄRKUNG!

Mit über 35 Avocats und Rechtsanwälten und Standorten in Köln, Paris, Lyon, Straßburg, Baden-Baden und Saargemünd gehören wir zu den führenden Kanzleien im deutsch-französischen Rechtsverkehr.

Zur weiteren Verstärkung unseres Teams suchen wir kurzfristig einen Avocat oder Rechtsanwalt Avocat (m/w) mit Schwerpunkten im **französischen VERTRAGS- UND PROZESSRECHT** für die Standorte **PARIS oder KÖLN**.

Wenn Sie mit den (Rechts-)Kulturen beider Länder vertraut und zweisprachig sind, möglichst bereits Berufserfahrung in den genannten Bereichen haben und unsere Mandanten auf höchstem Niveau beraten möchten, schicken Sie uns bitte Ihre Bewerbungsunterlagen.

Was Sie erwartet:

- Ein junges und erfolgreiches deutsch-französisches Team,
- Anspruchsvolle Aufgaben mit internationalem Bezug,
- Direkter Mandantenkontakt,
- Transparenz, Vertrauen und Anerkennung,
- Faire und flexible Arbeitszeiten, keine Wochenendarbeit, kein Kanzleihandy).

Wir freuen uns auf Sie!

Bewerbungen bitte per Mail an:
Dr. Christophe Kühl
Konrad-Adenauer-Ufer 71-50668 Köln
bewerbung@avocat.de
www.avocat.de



**Intitulé du poste : Collaborateur en Droit des Affaires et Droit Immobilier
bilingue allemand (H/F)**

Avec 180 avocats et 10 bureaux à l'international, LPA-CGR avocats, cabinet issu de la fusion de Lefèvre Pelletier & associés et CGR Legal, est l'un des principaux cabinets d'avocats d'affaires français qui assiste ses clients dans tous les domaines du droit des affaires, en conseil comme en contentieux.

Collaboratif, visionnaire et agile sont les valeurs qui font de LPA-CGR avocats un cabinet de référence, plaçant clients et collaborateurs au centre de ses préoccupations.

**Aujourd'hui notre German Desk, basé à Paris,
recherche un Collaborateur bilingue Allemand
spécialisé(e) en Droit des Affaires et Droit Immobilier (H/F)**

Profil :

- Au sein d'une équipe d'avocats spécialisés en droit immobilier, structuration et droit des affaires, vous participerez à des dossiers d'investissement, à la rédaction et à la négociation de contrats, à la réalisation d'audits juridiques, la rédaction de consultations, etc.
- Vous intégrerez une équipe de 4 avocats, dont des juniors que vous pourrez contribuer à encadrer,
- Expérience de minimum 5 ans en droit des affaires, éventuellement immobilier,
- Bilingue allemand et anglais courant exigé (oral et écrit), vous travaillerez pour des clients allemands, internationaux et français et souvent en coopération avec nos bureaux étrangers, notamment allemand,
- Rigueur rédactionnelle, investissement et disponibilité.

Poste à pourvoir au plus vite.

Contact :

Merci d'adresser votre dossier de candidature sous la référence LPA/IMMOALL à l'adresse suivante recrutement@lpalaw.com.